

# Im Namen seiner Majestät

## Majestätsbeleidigung in der thailändischen Demokratie

Ein altes Monarchiemodell lebt wieder auf. Gibt dies neuen Anlass zur Sorge um die Demokratie?

Michael H. Nelson

Im Jahr 2004 hatte ich einen Artikel über den damaligen Premierminister Thaksin Shinawatra zu **südostasien** beigetragen («Auf dem Weg zum demokratisch gewählten Alleinherrscher?»). Nach langdauernden massiven Protestkampagnen, einem Militärputsch, und erfolgreichen Versuchen des Establishments, das »Thaksin Regime« zu zerstören und einen Regierungswechsel herbeizuführen ist Thaksin im Ausland auf der Flucht vor einer zweijährigen Gefängnisstrafe. Trotzdem besteht wieder Anlass zur Sorge um die Demokratie. Diesmal geht es um das Wiederaufleben eines Monarchiemodells aus den 1950er Jahren, das seine Wurzeln beim Militärdiktator Sarit Thanarat hatte, der von 1957 an versuchte seiner Herrschaft durch eine Aufwertung des Königs mehr Gewicht zu verleihen. Unter anderem stellte er den Straftatbestand der Majestätsbeleidigung (*lèse majesté*) von der Person des Königs auf »nationale Sicherheit« um (David Streckfuss). Damit wurden kritische Äußerungen über das Königshaus in die Nähe des nationalen Verrats gerückt.

Der Autor ist Gastwissenschaftler im Fachbereich politische Wissenschaften an der *Chulalongkorn University* und Mitarbeiter für Südostasienkunde, Universität Passau.

### Die nationale Identität

Dies ist Teil einer offiziellen Konzeption von nationaler Identität, die ein konservativer Autor im vergangenen Jahr wie folgt definierte: »Die nationale Identität, die im Zentrum nationaler Sicherheit steht, bezieht sich auf die Institutionen der Nation, Religion und Monarchie. In der Förderung nationaler Identität müssen alle Personen und Sektoren Loyalität allen drei Institutionen gegenüber zeigen und dabei zusammenarbeiten, die Sicherheit der drei Institutionen zu fördern« (Somphon Thepaphith). Diese kollektivistische Sichtweise, die landesweit in Schulen und Verwaltungen indoktriniert und reproduziert wird, unterscheidet sich stark von jener, die man in einer Demokratie erwarten würde, in der die individuellen und gleichen Bürger eines Landes gegenüber der Verfassung loyal sind und auf diese Weise bürgerchaftliche Identität entfalten.

Als die königstreu-konservative Demokratische Partei im Dezember 2008 nach fast dreijährigem Machtkampf mittels sehr zweifelhafter Methoden an die Regierung kam, wurde die Verteidigung des Königshauses zur obersten Pflicht erklärt. In der Regierungserklärung heißt es an erster Stelle: Ziel ist »Schutz und Verteidigung der Monarchie, so dass sie das stabile emotionale Zentrum des Volkes der Nation sein und deren Einheit aufrechter-

halten kann ... Ernsthaftige Anwendung aller Mittel, um jede Verletzung der Macht des Königs zu verhindern« (*Matichon*, 25. Dezember 2008). Der Justizminister, wie ein Echo aus längst vergangenen geglaubter Zeit, fügte dem hinzu: »In Thailand ist die Monarchie nicht nur eine symbolische Institution. Sie ist das Fundament nationaler Sicherheit. Was immer die Monarchie beeinträchtigen könnte, muss als Gefahr für die nationale Sicherheit behandelt werden« (*Reuters*, 17. Januar 2009).

Diese Situation wird durch die bevorstehende Thronfolge nur noch verschärft. Vor diesem Hintergrund ist die intensiviertere Verfolgung von *lèse majesté* zu beurteilen. Nun ist eine ganze Reihe von Organen mit der Aufdeckung von Majestätsbeleidigungen befasst, und die Öffentlichkeit ist darüber verunsichert, was eigentlich noch erlaubt ist und was nicht. Selbstzensur ist sehr verbreitet. Das Informationsministerium hat bereits mehr als 2.300 Webseiten blockiert, und der Justizminister schätzt, dass 10.000 Webseiten Kritik am König enthalten. Ein kritischer Journalist, Pravit Rojanaphruk, meinte zur Schließung von Webseiten: »Dies ist schlecht für die Demokratie, freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit und kritisches Denken« (*The Nation*, 16. Januar 2009).

Neben der Schließung von Webseiten geht es auch darum deren Betreiber zu bestrafen. Kürzlich wurde eine Frau wegen öffentlicher Kritik am Königshaus zu zwölf



Jahren Gefängnis verurteilt (reduziert auf sechs Jahre, weil sie sich schuldig bekannte; das Strafmaß beträgt drei bis 15 Jahre), während einer weiteren ebenfalls eine drastische Strafe für kritische Reden auf dem *Sanam Luang* bevorsteht. Die kritische Webzeitung *Prachatai* nannte diese Personen »politische Dissidenten« (siehe auch <http://thaipoliticalprisoners.wordpress.com>). Ein australischer Amateurschriftsteller, Harry Nicolaidis, wurde zu sechs Jahren Gefängnis (reduziert auf drei) für ein paar Sätze über einen ungenannten Kronprinzen in einem privat veröffentlichten Roman verurteilt. Er wurde im Februar vom König begnadigt. Jonathan Head, der Bangkokener *BBC* Korrespondent, wurde der mehrfachen Majestätsbeleidigung beschuldigt (solche Beschuldigungen können von jedem erhoben werden; die Polizei muss dem nachgehen).

**Zwei aufsehenerregende Fälle**

Zwei aufsehenerregende Fälle betreffen Jakraphob Penkair und Giles Ungpakorn. Ersterer war ein Minister in der People's Power Regierung. Er hatte im Foreign Correspondents Club eine Rede zum Thema »Das Patronagesystem und die Demokratie« gehalten (ohne das Königshaus direkt zu erwähnen, weshalb ihm seine »kritische Absicht« zum Vorwurf gemacht wird). Jakraphob gehört zur Führungsriege der gegen die Regierung protestierenden pro-Thaksin »Rothemden.« Diese verwenden kaum jemals royalistische Symbole in ihren Protesten, lediglich die Nationalflagge. Dabei sind sie nicht notwendigerweise für die Abschaffung der Monarchie, sondern wollen lediglich deren nach ihrer Meinung über die Verfassung hinausgehende politische Rolle beschneiden. Diese Haltung ist ganz unvereinbar mit der oben genannten offiziellen Rolle der Monarchie als Fundament natio-

ner Identität, Einheit und Sicherheit. Eine Monarchie wie jene in England bedeutet für die konservativen Kräfte, dass die thailändische Monarchie aufhört zu existieren. Damit aber ist die Existenz der Nation selbst gefährdet, weil ihre Einheit nur durch die Loyalität aller Thailänder zum König garantiert wird (auch aus dieser Sicht war Thaksin eine Bedrohung, denn die Loyalität vieler seiner Wähler ihm gegenüber wurde als eine Schwächung ihrer Bindung an den König betrachtet).



Der König steht über allem.

Quelle: [www.thailandinformation.de](http://www.thailandinformation.de)



Giles ist ein sozialistischer Aktivist und Dozent für Politikwissenschaft an der *Chulalongkorn University*. Er hatte ein kritisches Buch über den Militärputsch im Jahr 2006 geschrieben und darin absichtlich eine ganze Reihe von kritischen Äußerungen über das Königshaus gemacht. Er beruft sich auf die akademische Freiheit und argumentiert, dass man das hiesige politische System nicht angemessen verstehen könne, wenn man bei seinen Analysen die Monarchie ausklammern müsse. In der Tat, wie der kritische Thai Historiker Thongchai Winichakul

bemerkte: »Wenn wir [thailändische] Politik studieren oder darüber sprechen, dann ist es uns meist nicht erlaubt, ein entscheidendes Element [die Monarchie] in die Analyse einzubeziehen.«

Giles ist inzwischen nach England geflüchtet (er hat auch die britische Staatsbürgerschaft). Jakraphob muss mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Eine ganze Reihe weiterer Fälle werden unvermeidlich folgen. Es ist zu befürchten, dass dies nicht nur weitere Repression nach sich ziehen, sondern auch Anlass zu einer Ausweitung monarchiekritischer Haltungen in der Bevölkerung sein wird, mit der Folge weiterer Repressionsbemühungen. Der König selbst hatte diese Problematik angedeutet: »Wenn man jede Kritik als Verletzung verbietet, dann wird dem König Schaden zugefügt« (zitiert von David Streckfuss, *Bangkok Post*, 11. April 2007). Vor diesem Hintergrund, und angesichts des Bündnisses zwischen konservativen (das Establishment, Demokratische Partei) und rechtsextremen (People's Alliance for Democracy) Kräften gegen liberale und kritische Strömungen hat Sulak Sivaraksa, ein bekannter ebenfalls von *lèse majesté* betroffener Sozialkritiker, dem Premierminister vorgeschlagen, er solle den König selbst um Rat bitten, wie mit diesem Problem umgegangen werden solle (*Bangkok Post*, 12. Februar 2009). Die absehbare Erhöhung der Zahl wegen *lèse majesté* zu langjährigen Haftstrafen verurteilter Thailänder und Ausländer kann dem Ansehen Thailands als Demokratie nur schaden.

